

HINWEISE ZUM TEILNAHMEANTRAG AM VERHANDLUNGSVERFAHREN

VERFAHRENSART

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gem. § 17 (1) VgV

PROJEKT

Erweiterung Schulzentrum Glinde Oher Weg, besondere Leistungen der technischen Beratung zur Erstellung einer FLB einschl. Vorbereitung des Vergabeverfahrens, technische Begleitung des TU/TÜ-Vergabeverfahrens, Planungs- und baubegleitendes Controlling

AUFTRAGGEBER/IN

Stadt Glinde
Markt 1
21509 Glinde

SUBMISSION

Die Unterlagen sind vor Ablauf der Frist zur Einreichung von Teilnahmeanträgen gemäß Angabe in der Bekanntmachung ausschließlich elektronisch über den Bieterzugang der eVergabe einzureichen.

EINZUREICHENDE UNTERLAGEN

Deckblatt

Abschnitt A - Angaben zum Bewerber

- A1 - Angaben zum Bewerber - federführendes Büro
- A2 - Angaben zum Bewerber - ggf. weitere Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. Nachunternehmer

Abschnitt B - Angaben zur Zuverlässigkeit

- B1 - Erklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/Zusammenarbeit
- B2 - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 und 124 GWB; alternativ: Eigenerklärung
- B2A - Eigenerklärung über geleistete Steuerzahlungen; alternativ Nachweis vom zuständigen Finanzamt
- B2B - Eigenerklärung über geleistete Sozialabgaben
- B3 - Nachweis bzw. Eigenerklärung der Unterschriftenberechtigung (Anlage: z. B. Berufs-/Handelsregisterauszug)
- B4 - Angaben dem KMU
- B5 - Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohns gem. § 3 des HmbVgG
- B6 - Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen

Abschnitt C - Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

- C1 - Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 (4) 1. VgV)
- C2 - Erklärung über den Gesamt- und den Teilumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren (§ 45 (1) 1. VgV)

Abschnitt D - Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit

- D1 - Liste der wesentlichen in den letzten acht Jahren (Stichtag: 01.01.2018) erbrachten Leistungen (§ 46 (3) 1. VgV)
- D1.1 - Mindestanforderungen an die Leistungsübersicht
- D1.2 - Hinweise zur Bewertung der Referenzen im Auswahlbogen
- D2 - Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers gem. Abschnitt 5.1.9 der EU-Bekanntmachung
- D3 - Erklärung zur Beschäftigtenzahl in den letzten drei Jahren (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) gem. Abschnitt 5.1.9 der EU-Bekanntmachung

Abschnitt E - Bewerbergemeinschaftserklärung (im Falle einer Bewerbergemeinschaft)

- E1 - Vollmacht des Vertreters
- E2 - Angaben zu Auftragsanteilen

Abschnitt F - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (von jedem Unterauftragnehmer auszufüllen)

- F1.1 - Verzeichnis der Unterauftragnehmer
- F1.2 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (von jedem Unterauftragnehmer auszufüllen)
- F2.1 - Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)
- F2.2 - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (von jedem anderen Unternehmen auszufüllen)

Abschnitt G - Eigenerklärung zur einvernehmlichen Verkürzung der Angebotsfrist auf 18 Tage

Abschnitt H - Antrag zur Teilnahme am Verfahren

Hinweis zur Abgabe der Unterlagen

Alleiniger Bewerber: A1, B1-B6, C1-C2, D1.1, D2, D3, G, H

Jedes weitere Mitglied von Bewerbergemeinschaften füllt zusätzlich aus: A2, B1-B6, Anlage zu C1, E1-E2

Jeder Nachunternehmer ist in A2 anzugeben und füllt aus: B1, B2 (jedoch **OHNE** B2A und B2B), B3, D und F

A ANGABEN ZUM BEWERBER

1/2

A1 BEWERBER

BEWERBUNG ALS

Alleiniger Bewerber

Bewerbung mit Nachunternehmer(n)

Bewerbung als Bewerbergemeinschaft

Bewerbung ohne Nachunternehmer(n)

NAME DES BEWERBERS

Name des Bewerbers

FEDERFÜHRENDES BÜRO

Name des Büros/Unternehmens

Rechtsform

Bevollmächtigter Vertreter

Straße, Hausnummer

Telefon, Fax

PLZ, Ort, Land

E-Mail



ANGABEN ZUM BEWERBER

2/2

A2 GGF. WEITERE MITGLIEDER DER BEWERBERGEMEINSCHAFT ODER NACHUNTERNEHMER

Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Anderes Unternehmen (Eignungsleihe)

Nachunternehmer

Name des Büros/Unternehmens

Rechtsform

Bevollmächtigter Vertreter

Straße, Hausnummer

Telefon, Fax

PLZ, Ort, Land

E-Mail

Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Anderes Unternehmen (Eignungsleihe)

Nachunternehmer

Name des Büros/Unternehmens

Rechtsform

Bevollmächtigter Vertreter

Straße, Hausnummer

Telefon, Fax

PLZ, Ort, Land

E-Mail

Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Anderes Unternehmen (Eignungsleihe)

Nachunternehmer

Name des Büros/Unternehmens

Rechtsform

Bevollmächtigter Vertreter

Straße, Hausnummer

Telefon, Fax

PLZ, Ort, Land

E-Mail

Hinweis: Diese Seite kann bei Bedarf dupliziert werden.

B

ANGABEN ZUR ZUVERLÄSSIGKEIT

1/8

B1 ERKLÄRUNG ZUR WIRTSCHAFTLICHEN VERKNÜPFUNG/ZUSAMMENARBEIT

WIRTSCHAFTLICHE VERKNÜPFUNG MIT ANDEREN UNTERNEHMEN

Es besteht eine wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen.

Es besteht KEINE wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen.

Anteile in %

Gesellschaft/Inhaber

ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN IN AUF DEN AUFTRAG BEZOGENER RELEVANTER WEISE

Es ist eine in relevanter Weise auftragsbezogene Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen vorgesehen.

Hinweis: Im Falle von Nachunternehmern ist eine Verpflichtungserklärung zur Bereitstellung der Leistung im Auftragsfalle (Abschnitt F) auszufüllen.

Es ist KEINE in relevanter Weise auftragsbezogene Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen vorgesehen.

Falls ja, Erläuterung der auftragsbezogenen Zusammenarbeit:

Auftragsanteil (Leistungsbereich, ggf. Angabe der Lph)

Büro/Unternehmen

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Anderes Unternehmen (Eignungsleihe)

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bergewergemeinschaft / Nachunternehmer

Bezeichnung des Büros / Unternehmens:

B

ANGABEN ZUR ZUVERLÄSSIGKEIT

1/9

B2 EIGENERKLÄRUNG ÜBER DAS NICHTVORLIEGEN VON AUSSCHLUSSGRÜNDEN GEM. §§ 123 UND 124 GWB

Ich versichere/Wir versichern, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und nach § 124 GWB vorliegen.

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Anderes Unternehmen (Eignungsleihe)

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bergewergemeinschaft / Nachunternehmer

Bezeichnung des Büros / Unternehmens:

B

ANGABEN ZUR ZUVERLÄSSIGKEIT

2/9

B2A EIGENERKLÄRUNG ÜBER GELEISTETE STEUERZAHLUNGEN

Hiermit wird erklärt, dass der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt.

ALTERNATIV: Eine Bescheinigung von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaates, dass der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (Auskunft in Steuersachen, max. 12 Monate alt, Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs) ordnungsgemäß erfüllt hat liegt der Bewerbung als Anlage bei.

B2B EIGENERKLÄRUNG ÜBER GELEISTETE SOZIALABGABEN

Hiermit wird erklärt, dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen ordnungsgemäß regelmäßig nachkommt und in einer Berufsgenossenschaft Mitglied ist.

ALTERNATIV: Ein Nachweis über regelmäßige Leistung der Sozialversicherungsbeiträge (Unbedenklichkeitsbescheinigung der Einzugsstelle UND der Berufsgenossenschaft (max. 12 Monate alt, Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs)) liegt der Bewerbung als Anlage bei.

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bewerbungsgemeinschaft

Bezeichnung des Büros / Unternehmens:

B

ANGABEN ZUR ZUVERLÄSSIGKEIT

4/9

B3 NACHWEIS BZW. EIGENERKLÄRUNG ZUR VERTRETUNGSBERECHTIGUNG

Hiermit wird erklärt, dass der Bewerber zur Unterzeichnung von Angeboten oder Teilnahmeanträgen berechtigt ist.

ALTERNATIV: Ein Nachweis über die Eintragung in ein Berufsregister am Wohnort des Bewerbers bzw. alternativ ein Auszug aus dem Handels- oder Partnerschaftsregister (nicht älter als 12 Monate, Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs) liegt der Bewerbung als Anlage bei.

Hinweis zur Gesellschaftsform und dessen möglicher Nachweis:

GmbH und AG = Handelsregistrauszug

Part GmbB = Partnerschaftsregistrauszug

GbR = Auszug aus dem GbR Vertrag

Einzelunternehmer = Eintragung in ein Berufsregister alternativ sofern ein Mitarbeiter unterzeichnet, ist eine Zeichnungsberechtigung/Vollmacht vorzulegen

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Anderes Unternehmen (Eignungsleihe)

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bewerbungsgemeinschaft / Nachunternehmer

Bezeichnung des Büros / Unternehmens:

B

ANGABEN ZUR ZUVERLÄSSIGKEIT

5/9

B4 KMU-EIGENERKLÄRUNG

Ist Ihr Unternehmen ein kleines oder mittelständisches Unternehmen (KMU) im Sinne der EU-Kriterien?

ja

nein

Hinweis: Ein Unternehmen gilt als KMU, wenn es weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigt und der Umsatz weniger als 50 Mio. € oder die Bilanzsumme weniger als 43 Mio. € beträgt.

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bewerbungsgemeinschaft

Bezeichnung des Büros / Unternehmens:

B

ANGABEN ZUR ZUVERLÄSSIGKEIT

6/9

B5 EIGENERKLÄRUNG ZU MINDESTARBEITSBEDINGUNGEN (ERKLÄRUNG ZU § 4 VGSH)

Der Auftragnehmer / Anbieter erklärt hiermit:

- a) Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, meinen/unseren unmittelbar für die Leistungserbringung in Deutschland eingesetzten Beschäftigten, ohne Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Hilfskräfte und Teilnehmende an Bundesfreiwilligendiensten, wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 13,90 EUR (brutto) zu zahlen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 VGSH). Unberührt bleiben gesetzlich (z.B. nach dem MiLoG – „Bundesmindestlohn“), tarif- oder arbeitsvertraglich geschuldete höhere Entgelte.
- b) Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, sicherzustellen, dass diese Pflicht auch von sämtlichen Nachunternehmen und Verleihern von Arbeitnehmern eingehalten werden (§ 4 Abs. 1 Satz 2 VGSH).

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bergewergemeinschaft

Bezeichnung des Büros/Unternehmens:

B6 EIGENERKLÄRUNG ZUM 5. EU-SANKTIONSPAKET – RUS-SANKTIONEN

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket – RUS-Sanktionen und dem dort enthaltenen Verbot von Auftragserteilungen an russische Staatsangehörige/Unternehmen/Lieferanten

gemäß Artikel 5k Absatz 1 VO (EU) 833/2014, in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der VO (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der VO (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Die VO gilt unmittelbar (d.h. ohne nationalen Umsetzungsakt) und ab sofort (die VO ist bereits am 09.04.2022 in Kraft getreten) (Für den Wortlaut des Artikel 5k Absatz 1 der o.g. Verordnung (VO) siehe Seite 11)

1. Ich/Wir erkläre(n) verbindlich, dass für mein/unser Unternehmen (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/Angebot Vertretenen auch für diese) keine der in Artikel 5k Absatz 1 der VO genannten Sachverhalte zutreffen.
2. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns verbindlich (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/Angebot Vertretenen auch für diese), bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bauleistungen die in Artikel 5k Absatz 1 der VO genannten Verbote einzuhalten bzw. deren Einhaltung sicherzustellen.
3. Ich/Wir versichern (zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/Angebot Vertretenen auch für diese), nicht gegen die in Artikel 5k Absatz 1 der VO genannten Verbote zu verstoßen.

Hinweis: Verboten sind nicht lediglich Auftragsvergaben an RUS Unternehmen i.S.d. Vorschrift, sondern auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer (Nachunternehmer), Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen).

Mir/Uns ist bekannt, dass eine falsche, unvollständige oder unterlassene Erklärung bzw. Angabe den Ausschluss von laufenden und künftigen Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Vordruck geforderten Nachweise, Angaben und Unterlagen zum jeweils festgelegten Zeitpunkt (Nr. 5 Aufforderung Angebotsabgabe (Anlage 6-020)) vollständig vorgelegt werden müssen.

Mir/uns ist bekannt, dass bei nicht rechtzeitiger Vorlage der jeweiligen Nachweise, Angaben und Unterlagen eine einmalige Nachforderung unter angemessener Fristsetzung durch die Vergabestelle nach § 16a (EU) VOB/A erfolgt und das fruchtlose Verstreichen der Frist zum Ausschluss meines/unseres Angebots/Teilnahmeantrags führt.

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Anderes Unternehmen (Eignungsleihe)

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bergwerkgemeinschaft / Nachunternehmer

Bezeichnung des Büros / Unternehmens:

B6 EIGENERKLÄRUNG ZUM 5. EU-SANKTIONSPAKET – RUS-SANKTIONEN

Artikel 5k der VO lautet wie folgt:

Abs. (1)

Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

Abs. (2)

Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

Abs. (3)

Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

Abs. (4)

Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.



EIGENERKLÄRUNG ZUR EINVERNEHMLICHEN VERKÜRZUNG DER ANGEBOTSFRIST AUF 18 TAGE 1/1

G1 EIGENERKLÄRUNG ZUR EINVERNEHMLICHEN VERKÜRZUNG DER ANGEBOTSFRIST AUF 18 TAGE

Im Rahmen von Verhandlungsverfahren können öffentliche Auftraggeber mit Bewerbern die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden gem. § 17 (7) VgV im gegenseitigen Einvernehmen Fristen zur Einreichung eines Angebots vereinbaren.

Die Angebotsfrist für das oben genannte Verfahren soll auf

18 Kalendertage,

gerechnet ab dem Tag nach der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe, festgelegt werden.

Ich, die Unterzeichnende/der Unterzeichnende, erkläre mich verbindlich mit / wir erklären uns verbindlich mit der Festlegung der Angebotsfrist auf 18 Kalendertage einverstanden.

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bewerbergemeinschaft

Bezeichnung des Büros/Unternehmens:

C

ANGABEN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND FINANZIELLEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT 1/2

C1 NACHWEIS DER BERUFSHAFTPFLICHT (§ 45 (4) 1. VGV)

Der Nachweis über die bestehende Berufshaftpflichtversicherung ist der Bewerbung als Anlage beizufügen.

Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung gem. Ziffer III.1.2 der Auftragsbekanntmachung mit einer Deckungssumme von mind. 3.000.000 EUR für Personenschäden und mind. 1.000.000 EUR für Sachschäden (jeweils 2-fach maximiert). Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit niedrigeren als den o. a. Deckungssummen, ist die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben erforderlich. Der Nachweis muss gültig sein und nicht älter als 12 Monate (Stichtag ist der Tag der Submissionsfrist für Teilnahmeanträge).

(Für Bewerber aus EU-Ländern, deren landestypische Versicherung eine Aufteilung in Personen- und Sachschäden nicht vorsieht, ist eine bestehende Haftpflichtversicherung in Höhe von mind. 4.000.000 (Summe aus Personen- und Sachschäden) Euro pro Schadensfall zwingend nachzuweisen.)

Hinweis: Ein Nachweis ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft (sofern zutreffend) beizufügen. Versicherungsnachweise der Bewerbergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bewerbergemeinschaft

Bezeichnung des Büros / Unternehmens:

C**ANGABEN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND FINANZIELLEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT 2/2****C2 ERKLÄRUNG ÜBER DEN UMSATZ DER LETZTEN DREI GESCHÄFTSJAHRE (§ 45 (1) 1. VGV)****UMSATZ IN EURO FÜR DIE LEISTUNGEN DER TECHNISCHEN BERATUNG****federführendes Büro****Büro 2****Büro 3****Name des Büros
(im Falle einer Bewerber-
gemeinschaft)****2023****2024****2025****Durchschnitt**

Der Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre für vergleichbare technische Beratungsdienstleistungen muss **mind. 200.000 EUR (netto) im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2023/2024/2025)** betragen. Sofern in Bewerbergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtschme aller Bewerber der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

D**ANGABEN ZUR TECHNISCHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT****1/4****D1.1 LISTE DER WESENTLICHEN IN DEN LETZTEN ACHT JAHREN (STICHTAG IST DER 01.01.2018) ERBRACHTEN LEISTUNGEN (§ 46 (3) 1. VgV) (AUSWAHLBOGEN)****MINDESTANFORDERUNGEN AN DEN AUSWAHLBOGEN****HINWEISE ZUR BEWERTUNG DER REFERENZEN IM AUSWAHLBOGEN****Anlage 6: Bogen zur Bewertung der Referenzen**

Mit dem Teilnahmeantrag ist eine Leistungsübersicht mit Angabe der wesentlichen in den letzten acht Jahren (Stichtag: 01.01.2018) erbrachten Leistungen (§ 46 (3) 1. VgV) einzureichen.

Die jeweils geforderten Leistungen müssen innerhalb der vergangenen acht Jahre (Stichtag 01.01.2018) abgeschlossen sein.

- 1) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein Projekt für einen öffentlichen Auftraggeber nachzuweisen.
- 2) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein Projekt mit Erstellung einer Funktionalen Leistungsbeschreibung (FLB) für die Kostengruppen 300+400 für eine Hochbaumaßnahme nachzuweisen.

Hinweis: Eingereichte Referenzen können sowohl für den Nachweis von Erfahrungen in allen Leistungsbereichen (s. Abschnitt D.1.1) als auch für die Wertung in mehreren Kriterien (s. Abschnitt D1.2) herangezogen werden.

Hinweis: Liegt zu einer Referenz kein/e Referenzschreiben/Eigenerklärung vor, kann diese nicht gewertet werden. Dieser Mindeststandard gilt für alle Referenzen, die eingereicht (in die Leistungsübersicht D1.2 eingetragen) werden. Kann der Bewerber kein Referenzschreiben oder keine Referenzbestätigung des Bauherrn beschaffen, so ist eine vom Bewerber unterzeichnete Eigenerklärung über die erbrachten Leistungen mit Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner (inkl. Telefonnummer) vorzulegen.

D1.2 LISTE DER WESENTLICHEN IN DEN LETZTEN ACHT JAHREN (STICHTAG IST DER 01.01.2018) ERBRACHTEN LEISTUNGEN (§ 46 (3) 1. VGV) (AUSWAHLBOGEN)

HINWEISE ZUR BEWERTUNG DER REFERENZEN IN DER LEISTUNGSÜBERSICHT

Anlage 6: Bogen zur Bewertung der Referenzen

Leistung vergleichbar mit Leistungsbereich Städtebaulicher Entwurf gem. Merkblatt 51 AKBW

1. Vergleichbare Größe (Gewichtung: 30 %)

1.1 Vergleichbare Großprojekte Referenz 1 + Referenz 2 = max. 10 Pkt.

1.2 Vergleichbare Projekte im Bildungsbau Referenz 1 + Referenz 2 = max. 10 Pkt.

2. Vergleichbare Bauaufgabe (Gewichtung: 45 %)

2.1 Vergleichbares Projektabwicklungsmodell Referenz 1 + Referenz 2 = max. 8 Pkt.

2.2 Vergleichbare bauliche Umsetzung Referenz 1 + Referenz 2 = max. 2 Pkt.

2.3 Vergleichbare bauphysikalische Anforderungen Referenz 1 + Referenz 2 = max. 2 Pkt.

2.4 Vergleichbare Baumaßnahme Referenz 1 + Referenz 2 = max. 4 Pkt.

2.4 Nachhaltigkeitszertifizierung Referenz 1 + Referenz 2 = max. 4 Pkt.

3. Vergleichbare angestrebte Qualität (Gewichtung: 25 %)

3.1 Qualität der Bearbeitung einer Maßnahme mit Erstellung einer FLB Referenz 1 + Referenz 2 = max. 10 Pkt.

Hinweis: Die Hauptkriterien 1. Vergleichbare Größe und 2. Vergleichbare Planungsaufgabe der Anlage 6: Auswahlkriterien sind selbstständig vom Bewerber auszufüllen. Für das Hauptkriterium 3. Vergleichbare angestrebte Qualität ist lediglich der Projekttitel durch den Bewerber auszufüllen, die Bewertung erfolgt durch die Auftraggeberin.

Hinweis: Eine Referenz kann in mehreren Unterkriterien angegeben werden. Je Unterkriterium fließen jedoch maximal 2 Referenzen in die Bewertung ein.

Hinweis: Die jeweils zu erreichenden Punkte pro Hauptkriterium werden jeweils auf 100 Punkte skaliert und fließen je nach Gewichtung in die Gesamtbewertung ein. Die vorläufige Gesamtbewertung (ohne Hauptkriterium 3) kann durch Eingabe in die Excel-Datei der Anlage 6 abgelesen werden.

D

ANGABEN ZUR TECHNISCHEN UND BERUFLICHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT

3/4

D2 NACHWEIS DER BERUFLICHEN BEFÄHIGUNG DES BEWERBERS

Mindestanforderung zu D2:

Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV

Nachweise über die Berufsqualifikation (z. B. Zeugnisse / Urkunden) liegen der Bewerbung als Anlage bei
(Studiennachweis mind. FH)

D**ANGABEN ZUR TECHNISCHEN UND BERUFLICHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT****4/4****D3 ERKLÄRUNG ZUR BESCHÄFTIGTENZAHL IN DEN LETZTEN DREI JAHREN (§ 46 ABS. 3 NR. 8 VGV)**Leistungen technische Beratung**federführendes Büro****Büro 2****Büro 3****Name des Büros (im
Falle einer Bewerberge-
meinschaft)****2023**Mitarbeiter mit berufsqualifizie-
rendem Hochschulabschluss
für Leistungen gem. 5.1.9 der
EU-Bekanntmachung

sonstige Mitarbeiter

2024Mitarbeiter mit berufsqualifizie-
rendem Hochschulabschluss
für Leistungen gem. 5.1.9 der
EU-Bekanntmachung

sonstige Mitarbeiter

2025Mitarbeiter mit berufsqualifizie-
rendem Hochschulabschluss
für Leistungen gem. 5.1.9 der
EU-Bekanntmachung

sonstige Mitarbeiter

DurchschnittDurchschnitt der Mitarbeiter mit
berufsqualifizierendem Hoch-
schulabschluss für Leistungen
gem. 5.1.9 der EU-Bekanntma-
chung

E1 BEWERBERGEMEINSCHAFTSERKLÄRUNG**1/2****E1.1 VOLLMACHT DES VERTRETERS**

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft, beschließen, im Falle der Aufforderung zur Verhandlung / zur Angebotsabgabe einer Bietergemeinschaft zu bilden.

Wir erklären, dass

- 1. der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,**
- 2. die Erklärungen des bevollmächtigten Vertreters im Vordruck „Eigenerklärung zur Eignung“ zutreffend sind und**
- 3. alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.**

BEVOLLMÄCHTIGTER VERTRETER DER BEWERBERGEMEINSCHAFT

Name des Büros/Unternehmens

Ort

Bevollmächtigter Vertreter

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift bzw. Signatur in Textform

WEITERE MITGLIEDER DER BEWERBERGEMEINSCHAFT

Name des Büros/Unternehmens

Ort

Bevollmächtigter Vertreter

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift bzw. Signatur in Textform

Name des Büros/Unternehmens

Ort

Bevollmächtigter Vertreter

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift bzw. Signatur in Textform

E1 BEWERBERGEMEINSCHAFTSERKLÄRUNG

2/2

E1.2 ANGABEN ZU AUFTRAGSANTEILEN

Auftragsanteil (Leistungsbereich, ggf. Angabe der Handlungsfelder)

Büro/Unternehmen

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift bzw. Signatur in Textform

F

VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG UNTERAUFTRAGNEHMER

1/1

F1 LEISTUNGSBEREITSTELLUNG IM AUFTRAGSFALL

Das Unternehmen (Hauptauftraggeber/federführend in einer Bewerbergemeinschaft)

beabsichtigt sich bei der Erfüllung des Auftrages:

der Fähigkeiten unseres Unternehmens (Nachauftragnehmer):

hinsichtlich folgender Leistungen:

zu bedienen.

Hiermit verpflichten wir uns, dass wir im Auftragsfalle für den unten bezeichneten Bewerber als Nachunternehmer Leistungen erbringen und im erforderlichen Leistungszeitraum das Fachpersonal für die Auftragsbearbeitung zur Verfügung stellen werden.

Hinweis: Die Verpflichtungserklärung F1 ist zwingend von jedem Nachunternehmer beizufügen. Mehrfachbewerbungen eines Nachunternehmers sind nur solange und soweit möglich, er nicht im Sinne eines „qualifizierten Nachunternehmers“ benannt wird, der zum Erreichen der Mindestanforderungen hinzugezogen wird oder deren Referenzen in der Leistungsübersicht zum Erreichen von Bewertungspunkten aufgeführt werden.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift bzw. Signatur in Textform

F**ANTRAG ZU UNTERAUFTRAGNEHMER UND EIGNUNGSLEIHE****1/4****F1.1 VERZEICHNIS DER UNTERAUFTRAGNEHMER**

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige ich, mich für Teile des Auftrags, der Fähigkeiten von Unterauftragnehmern zu bedienen. Hierzu benenne ich nachfolgend die dafür vorgesehenen Teilleistungen. Falls bereits möglich, benenne ich zudem die vorgesehenen Unterauftragnehmer, andernfalls erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle.

Beschreibung der Teilleistung**Namen, gesetzliche Vertreter, Anschriften der Unterauftragnehmer**

(falls bereits möglich, sonst erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle)

F

ANTRAG ZU UNTERAUFTRAGNEHMER UND EIGNUNGSLEIHE

2/4

F1.2 VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG UNTERAUFTRAGNEHMER (VON JEDEM UNTERAUFTRAGNEHMER AUSZUFÜLLEN)

Projekt

Sanierung eines Freizeitbades in Reinbek - Planungsleistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 34 HOAI, der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI und der Fachplanung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI

Leistung

Name, gesetzlicher Vertreter und Anschrift des Unterauftragnehmers

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns im Falle der Auftragserteilung an die/das

(Name und Anschrift des Bewerbers/Bieters/Mitgliedes der Bieter-/Bewerbergemeinschaft)

die im „Verzeichnis der Unterauftragnehmer“ für unser Unternehmen aufgeführten Teilleistungen zu erbringen.

Ort, Datum

Elektronische Unterzeichnung in Textform

F

ANTRAG ZU UNTERAUFTRAGNEHMER UND EIGNUNGSLEIHE

3/4

F2.1 VERZEICHNIS DER ANDEREN UNTERNEHMEN (EIGNUNGSLEIHE)

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige(n) ich/wir, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen.

Angabe zu der überlassenen Kapazität

Namen, gesetzliche Vertreter, Anschriften der Unternehmen

Hinweis: Dieser Vordruck ist nur auszufüllen, wenn eine Eignungsleihe beabsichtigt ist.

F2.2 VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG EIGNUNGSLEIHE (VON JEDEM ANDEREN UNTERNEHMEN AUSZUFÜLLEN)

Projekt

Sanierung eines Freizeitbades in Reinbek - Planungsleistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 34 HOAI, der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI und der Fachplanung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI

Leistung

Name, gesetzlicher Vertreter und Anschrift des anderen Unternehmens

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns im Falle der Auftragserteilung an die/das

(Name, gesetzlicher Vertreter und Anschrift des Bewerbers oder Bieters/Name der Bewerber- oder Bietergemeinschaft, Name und Anschrift des bevollmächtigten Vertreters der Bewerber- oder Bietergemeinschaft)

die im „Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)“ genannten Kapazitäten zur wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und / oder beruflichen Leistungsfähigkeit bereitzustellen.

Haftungserklärung im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Eignungsleihe

Der Bewerber oder Bieter bzw. die Bewerber- oder Bietergemeinschaft nimmt zum Nachweis seiner bzw. ihrer Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des nachstehend mitunterzeichnenden Unternehmens in Anspruch. Dieses verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber oder Bieter bzw. an die Bewerber- oder Bietergemeinschaft mit diesem bzw. dieser gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

Ort, Datum

Elektronische Unterzeichnung des Bewerbers/Bieters in Textform

Elektronische Unterzeichnung des anderen Unternehmens in Textform



EIGENERKLÄRUNG ZUR EINVERNEHMLICHEN VERKÜRZUNG DER ANGEBOTSFRIST AUF 18 TAGE 1/1

G1 EIGENERKLÄRUNG ZUR EINVERNEHMLICHEN VERKÜRZUNG DER ANGEBOTSFRIST AUF 18 TAGE

Im Rahmen von Verhandlungsverfahren können öffentliche Auftraggeber mit Bewerbern die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden gem. § 17 (7) VgV im gegenseitigen Einvernehmen Fristen zur Einreichung eines Angebots vereinbaren.

Die Angebotsfrist für das oben genannte Verfahren soll auf

18 Kalendertage,

gerechnet ab dem Tag nach der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe, festgelegt werden.

Ich, die Unterzeichnende/der Unterzeichnende, erkläre mich verbindlich mit / wir erklären uns verbindlich mit der Festlegung der Angebotsfrist auf 18 Kalendertage einverstanden.

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Hauptbewerber

Abschnitt wurde ausgefüllt vom Partner der Bewerbergemeinschaft

Bezeichnung des Büros/Unternehmens:

H1 ANTRAG ZUR TEILNAHME AM VERFAHREN

Ich/Wir beantrage/n die Teilnahme am Verhandlungsverfahren zur Vergabe der Leistungen:

Erweiterung Schulzentrum Glinde Oher Weg, besondere Leistungen der technischen Beratung zur Erstellung einer FLB einschl. Vorbereitung des Vergabeverfahrens, technische Begleitung des TU/TÜ-Vergabeverfahrens, Planungs- und baubegleitendes Controlling.

Hinweis: Wird Eignung eines Nachunternehmers „geliehen“ (Nachweis der Mindestanforderungen bzw. Erzielen weiterer Punkte im Kriterium Technische Leistungsfähigkeit), ist dieser zu nennen und die entsprechenden Erklärungen gem. Bewerbungsunterlagen abzugeben.

Hinweis für elektronische Abgabe: Nur Teilnahmeanträge, die vor Ablauf der o. g. Frist eingereicht werden. Mit Ablauf der Frist ist es nicht mehr möglich Teilnahmeanträge abzusenden. Planen Sie für die elektronische Bearbeitung hinreichend Zeit ein.

Mit der Einreichung des Teilnahmantrags über die eVergabepattform versichere/n ich/wir, dass ALLE gemachten Angaben und Erklärungen in dem Bewerbungsbogen und den beigefügten Anlagen vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift bzw. Signatur in Textform